Unterrichtung

Hannover, den 27.02.2023

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2020

Optimierungsbedarf bei der Berechnung des Versorgungsbezugs unter Anrechnung von Renten

Beschluss des Landtages vom 22.09.2022 - Drs. 18/11763 Nr. 13 - nachfolgend abgedruckt:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt die Feststellungen des Landesrechnungshofs zur Verletzung der Anzeigepflicht, zu unrichtigen oder fehlenden Angaben zum Rentenbezug durch Versorgungsberechtigte und zur unzureichenden Bearbeitung von Wiedervorlagen zur Kenntnis.

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur gesetzesgemäßen Anrechnung von Renten auf die Versorgungsbezüge geeignete Maßnahmen zur Prüfung der Rentenansprüche und zur besseren Bearbeitung von Wiedervorlagen zu ergreifen.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 23.02.2023

Das Niedersächsische Landesamt für Bezüge und Versorgung (NLBV) hat die Vorschläge des Landesrechnungshofes aufgegriffen und Folgendes veranlasst:

Der Versorgungsfragebogen, der üblicherweise von den Beamtinnen und Beamten auszufüllen ist, sobald der Ruhestand bevorsteht, wurde um die Abfrage des beruflichen Werdegangs ergänzt. Ist anhand des beruflichen Werdegangs erkennbar, dass Versorgungsempfängerinnen oder Versorgungsempfänger im Ruhestand über weitere Einkünfte verfügen werden (z. B. Rente, Erwerbseinkommen, weiterer Versorgungsbezug), werden schon mit dem Bescheid zur Festsetzung der Versorgungsbezüge entsprechende Nachweise angefordert.

Im Rahmen der Versorgungsfestsetzung wird nun in Ergänzung zu diversen Informationen aus der Personalakte eine Kopie des Personalbogens in die Versorgungsakte übernommen. Zusätzlich werden Hinweise auf die Durchführung einer Nachversicherung bestimmter Dienstzeiten in die Ruhegehaltsberechnung übertragen.

Ebenfalls umgesetzt wurde eine Änderung in den Arbeitsabläufen bezüglich der Zusammenarbeit der beiden Arbeitsbereiche im Versorgungsreferat des NLBV. So werden nun die Auskünfte an die Rentenversicherungsträger für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach § 71 Abs. 4 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) vom Bereich „Erstfestsetzung“ dem Bereich „laufende Versorgung“ zur Kenntnis gegeben, damit dieser einen möglichen Rentenanspruch überwachen und ggf. selbst ermitteln kann.

Inzwischen ist auch der Entwurf des Versorgungsfestsetzungsvordrucks um einen weiteren auswählbaren Verfügungspunkt ergänzt worden, mit dem die Bearbeiterinnen und Bearbeiter der laufenden Versorgung aufgefordert werden, einen möglichen Rentenanspruch zu prüfen.

Außerdem wurden das automatisch versandte Anschreiben zur Rentenprüfung und das in diesem Zusammenhang ggf. zu verwendende Erinnerungsschreiben zur inhaltlichen Verdeutlichung für die Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten ergänzt.

Die Prüfung des grundsätzlichen Rentenanspruchs wird im NLBV zudem programmtechnisch unterstützt. Alle Versorgungsberechtigten erhalten in einem automatisierten Verfahren drei Monate vor Erreichen der gesetzlichen Renten-Altersgrenze ein Anschreiben, in dem sie auf das bevorstehende

Erreichen dieser Altersgrenze hingewiesen werden. Ausgenommen sind lediglich Personen, die gemäß § 66 Abs. 9 Niedersächsisches Beamtenversorgungsgesetz (NBeamtVG) auf die Anerkennung von Vordienstzeiten verzichtet haben sowie die Gruppe der Altersgeldberechtigten, da in diesen Fällen keine Rentenanrechnung durchzuführen ist. Dem Anschreiben liegt ein Vordruck bei, auf dem die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger angeben müssen, ob sie eine Rente beantragt haben oder beantragen werden. Mit Versand des Vordrucks wird der jeweilige Fall automatisch in eine Datenbank eingetragen, mit deren Hilfe die Sachbearbeitung den Rücklauf der Erklärungsvordrucke überwacht. Wenn der Vordruck beim NLBV eingeht, markiert die Sachbearbeitung den Fall in der Datenbank und nimmt die Rentenanrechnung vor. Wenn der Rentenbescheid noch nicht vorliegt, wird dessen Übersendung per Wiedervorlage überwacht. Wird die erfolgte Rücksendung nicht innerhalb von zwei Monaten in der Datenbank vermerkt, wird die zuständige Sachbearbeiterin oder der zuständige Sachbearbeiter automatisch per E-Mail aufgefordert, die Versorgungsempfängerin oder den Versorgungsempfänger an die Übersendung des Erklärungsvordrucks und des Rentenbescheides zu erinnern. Inzwischen ist das Wiedervorlageverfahren dahin gehend erweitert worden, dass nicht nur der Rücklauf des Erklärungsvordrucks, sondern - sofern ein Rentenanspruch besteht - auch der Eingang des Rentenbescheides datenbankgestützt kontrolliert wird.

In Sachgebietsbesprechungen und auch in Schulungen, die für neue Beschäftigte zur Anwendung des § 66 NBeamtVG durchgeführt werden, wird darauf hingewiesen, dass die Erklärungen der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zum Rentenbezug nicht ohne einen Abgleich mit der Versorgungsakte auf mögliche Hinweise zu möglichen Rentenansprüchen als erledigt erachtet werden dürfen.

Weiterhin werden unvollständig bearbeitete Rentenanrechnungsfälle einer jährlichen Überprüfung unterzogen. Ergibt diese Überprüfung, dass ein Rentenanspruch wahrscheinlich ist und die Versorgungsempfängerin oder der Versorgungsempfänger ihrer oder seiner Anzeigepflicht nach § 74 NBeamtVG nicht nachkommen, wird Kontakt mit der Deutschen Rentenversicherung aufgenommen.

Wiedervorlagen werden in der laufenden Versorgungssachbearbeitung einheitlich als Aufgaben über Microsoft-Outlook verwaltet. Zur Verbesserung der Bearbeitung der Wiedervorlagen wurde inzwischen sichergestellt, dass die Sachgebietsleitungen Einblick in die gesetzten Wiedervorlagen ihrer Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter haben und entsprechende Kontrollen durchführen können. Damit ist auch die Bearbeitung von Wiedervorlagen bei längerfristigen Abwesenheiten gewährleistet.

Als weitere Maßnahmen wurden im NLBV-internen Handbuch zum NBeamtVG die Arbeitsanweisungen zu § 66 NBeamtVG um weitere Erläuterungen zum Thema „Nachversicherung“ ergänzt.

Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter wurden angewiesen, in den Versorgungsakten (auf der Innenseite des Aktendeckels) stets einen Aufkleber mit wichtigen Kurzinformationen für die Bearbeitung anzubringen.

Bei Anrechnung einer Hinterbliebenenrente auf eine Hinterbliebenenversorgung wurden die Versorgungsfestsetzungsbescheide um zusätzliche Informationen zum möglichen Wiederaufleben einer durch Wiederheirat weggefallenen Rente und die damit verbundenen Anzeigepflichten ergänzt.

Die Beschäftigten im Versorgungsreferat des NLBV wurden und werden weiterhin dafür sensibilisiert, bei der Rentenanrechnung ein besonderes Augenmerk auf solche Beamtenlaufbahnen zu legen, in denen erfahrungsgemäß der Verbeamtung besonders oft eine Berufstätigkeit in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis vorausgeht.

(Verteilt am 27.02.2023)